

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausföhl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. April 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Rufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 47.

Das Abonnement auf den „Korrespondent“

kann monatlich, zweimonatlich und vierteljährlich bewirkt werden, und zwar nur bei der Post. Die Bestellungen sind rechtzeitig aufzugeben, da Nachlieferungen nicht stattfinden. Wer sich über die Vorgänge auf allen Gebieten des Buchdruckgewerbes in Deutschland und im Ausland auf dem schnellsten Wege unterrichten will, muß Vesper des dreimal wöchentlich erscheinenden „Korr.“ sein. Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist das älteste Gewerkschaftsblatt in Deutschland. • Ein Buchdruckergehilfe ohne den „Korr.“ hat seine Zeit nicht begriffen. Bezugspreis nur 22, 44, 65 Pf. (ohne Bestellgeld).

Die Fünfzigstundebewegung in England.

Bei aufmerkamer Verfolgung der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in England konnte man annehmen, daß das Übergreifen der Gesamtbewegung von der Hauptstadt auf die Provinz nicht mehr fern sein würde. Statt dessen scheint aber ein gewisser Ruhepunkt eingetreten zu sein. Wir benutzen daher diese Gelegenheit, um in einer zusammenfassenden Darstellung über den bisherigen Verlauf und den jetzigen Stand der Bewegung zu referieren.

Der Zehnständentag galt bereits seit dem Jahre 1872 in England als beseitigt. Aus einer uns vorliegenden Zusammenstellung über die Arbeitszeit der Buchdrucker vom Jahre 1891 geht hervor, daß damals die 54 stündige Arbeitswoche in England vorherrschend war. Nur in einer kleinen Anzahl von Druckorten bestand noch die Sechzigstundenwoche. Die Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden steht schon seit über einem Jahrzehnt auf der Tagesordnung unserer englischen Kollegen. Im Jahre 1901 wurde ihnen durch schiedsrichterlichen Spruch die 52½ stündige Arbeitswoche zugestanden als Abschlagszahlung auf den Achtstundentag. Seit Mitte 1909 stand nun dessen endgültige Erringung im Vordergrund des Interesses bei der Gehilfenschaft. Ende Oktober 1910 wurde in der Londoner Segeervereinigung eine Geheimabstimmung darüber vorgenommen, ob die Mitglieder gewillt seien, falls ihnen nicht die Fünfzigstundenwoche zum 1. Januar 1911 bewilligt und die Achtundvierzigstundenwoche zum 1. Januar 1912 versprochen würde, gemeinsam zu kündigen, um dadurch ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Bei den Segeern lauteten 7847 Stimmen dafür, 1501 dagegen, bei den Korrektoren 554 dafür und 151 dagegen.

Über den Erfolg der englischen Fünfzigstundebewegung läßt sich heute noch kein zuverlässiges Urteil abgeben, wenigstens hinsichtlich der Gesamtbewegung nicht, wie sie ursprünglich geplant war. Sie sollte bekanntlich das Buchdruckgewerbe nicht nur, sondern auch die verwandten Berufe der Buchbinder, Lithographen, Hilfsarbeiter usw. im ganzen Land erfassen, so daß 21 Berufsvereinigungen mit etwa 60000 Mitgliedern für den Kampf in Frage gekommen wären.

Soweit die Hauptstadt London in Betracht kommt, auf die sich die Bewegung zur Erringung einer verkürzten Arbeitszeit bis jetzt in Wirklichkeit

beschränkte, darf als sicher angenommen werden, daß der Sieg zugunsten der Gehilfenschaft ausfallen wird. Nachdem es bereits Anfang April gelungen war, die 500. Firma zur Anerkennung der Fünfzigstundenwoche zu bewegen, kann ihre Durchführung für London als erfolgreich verlaufend bezeichnet werden. In diesen 500 Firmen sind nicht einbegriffen die Zeitungsbetriebe, in denen bisher schon die Arbeitszeit weniger als 50 Stunden pro Woche betrug, sowie solche Betriebe, wo nur Buchbinderei, Lithographie oder Stereotypie betrieben wird. Was sich in der Folgezeit in London abspielt, wird mehr den Charakter des gewerkschaftlichen Kleinkriegs tragen, um auch die letzten noch in Betracht kommenden Firmen zur Anerkennung der Fünfzigstundenwoche zu bewegen. Damit dürfte sich das Hauptinteresse des Auslandes von den Londoner Vorgängen in Zukunft mehr dem Stande der Bewegung in den übrigen Teilen des Inselreichs zuwenden.

Nach dem Plane der Federation für Großbritannien (einer Art Generalkommission nach unsern deutschen Begriffen), die so ziemlich alle Gewerkschaften des Druckgewerbes Großbritanniens umfaßt — mit Ausnahme der Dubliner Segeer —, wird sich die Fünfzigstundebewegung nicht nur auf London beschränken. Der Beschluß der Federation lautet vielmehr dahin, daß sämtliche ihr angeschlossenen Gewerkschaften die Forderung der Fünfzigstundenwoche für 1911 und der Achtundvierzigstundenwoche für 1912 zu erheben haben. Als nun der beabsichtigte Generaltreik im Buchdruckgewerbe eine plötzliche Verschiebung erfahren hatte, traten am 6. Februar als eine Art Avantgarde nur die Mitglieder folgender graphischer Gewerkschaften Londons in den Kampf: Londoner Segeergesellschaft (mit Ausschluß der Zeitungsseger, die nur 42—48 Stunden arbeiten), Maschinenmeisterverband, Liefgedruckerverband, Korrektorenverband, die Verbände der Abzieher und der Hilfsarbeiter, Schriftgießerverband und Buchbinderverband. Später erst schlossen sich die Lithographen an.

Über die Einzelheiten des Kampfes, wie er in der englischen Hauptstadt, wo bisher allgemein 52½ Stunden in den Druckereien gearbeitet wurde, sich vollzog, haben wir im „Korr.“ eingehend berichtet. Wenn man die in der Hauptsache nun ihrem Abschlusse zueilende Londoner Bewegung rücksehend überblickt, dann muß konstatiert werden, daß alle daran beteiligten Gewerkschaften tapfer Stand hielten, und daß die bisher zu verzeichnenden Erfolge lediglich dem festen Zusammenhalte der Ausständigen zu verdanken sind.

Ob sich die graphischen Gewerkschaften im Lande selbst den Kollegen in der Hauptstadt würdig an die Seite stellen werden, ist freilich eine Frage, deren Beantwortung so bald nicht möglich sein wird. Abgesehen von Schottland, wo die Fünfzigstundenwoche allgemein anerkannt sein soll, sieht es in der Provinz damit noch ziemlich kritisch aus. Denn dort gilt es noch Arbeitszeiten bis zu 58 Stunden pro Woche zu überwinden, so daß es bei der zutage getretenen Langsamkeit und Unentschlossenheit der Provinzverbände wohl noch eine geraume Zeit dauern wird, ehe von einer allgemeinen Durchführung der 50stündigen Arbeitswoche im britischen Inselreiche gesprochen werden kann.

Anfänglich hatte es den Anschein, als ob auch in der Provinz ein einheitliches Vorgehen zustandekommen sollte. Es war zu jener Zeit, als zahlreiche Provinzprinzipale, beunruhigt durch die Londoner Bewegung, dem Nationalverbande der Prinzipale beitraten, der die Absicht hatte, eine Gesamtaussperrung über ganz England zu verhängen. Mit derselben Plötzlichkeit aber, die bei der Verschiebung des Generaltreiks auf Gehilfenseite zu beobachten war, gaben auch die englischen Prinzipale ihre Aussperrungsgelüste auf. Das veranlaßte die Gehilfen in der Provinz, vorläufig nicht in eine Bewegung einzutreten, sondern mit den Prinzipalen eine provisorische Vereinbarung zu treffen, der die etappenweise Erreichung der Einundfünfzigstundenwoche zugrunde lag. Sie schoben dadurch die Hauptforderung der Federation auf eigene Faust beiseite. Dieses Separatkommen einzelner englischer Gehilfenverbände mit den provinziellen und irischen Prinzipalen wurde zwar auf der Jahresversammlung der Federation, die vor kurzem in Plymouth tagte, verworfen. Immerhin ist damit aber die einheitliche Aktion in der Provinz sehr bedenklich durchkreuzt worden. Das ist eine Folge der Dezentralisation, unter welcher die Einseitigkeit der englischen Bewegung von vornherein zu leiden hatte. Der Mangel einer strengen Zentralorganisation unter den Buchdruckern Englands zeigte sich indes nicht nur bei dieser Gelegenheit deutlich; er tritt auch sonst in Erscheinung. Wie uns gelegentlich aus London mitgeteilt wurde, sind die Arbeitsbedingungen innerhalb des Verbandsgebietes nirgends unregelmäßiger als im klassischen Lande des Trades-Unionismus, wenigstens soweit die Provinz in Frage kommt.

Die Federation hat auf ihrer Plymouther Tagung von neuem beschlossen, an der Forderung der Fünfzigstundenwoche auch in der Provinz unentwegt festzuhalten und eine Urabstimmung unter den angeschlossenen Gewerkschaften zu veranstalten. Abgesehen davon, daß die Chancen zu einem Vorsprunge der Prinzipale schon bisher mehr als nötig von Gehilfenseite verbessert worden sind, werden die neuerlich beschlossenen Maßnahmen ganz bestimmt nicht zur rascheren Durchführung der Bewegung beitragen. Ehe nämlich das Resultat der Urabstimmung vorliegen wird, dürfte die ominöse Zeit der sauren Gurke ihren Einzug gehalten haben, die nicht gerade geeignet ist zur Durchsetzung einer Forderung auf Arbeitszeitverkürzung. Über die neuesten Vorgänge berichten wir unter der Auslandsrubrik unserer heutigen Nummer.

In mehr als einer Hinsicht würden den englischen Kollegen bessere internationale Beziehungen zustatten kommen, deren Pflege sie sich leider bis jetzt gar nicht angelegen sein ließen. Hundert Jahre lang wurde den Engländern gesagt, daß sie bessere Menschen seien, als die da drüben auf dem Kontinent, besser nach jeder Richtung. Deshalb betrachteten sie — auch in gewerkschaftlicher Beziehung — alles, was vom Auslande kommt, für inferior, für minderwertig. Sonst würde es wohl kaum vorkommen, daß wichtige Zuschriften kontinentaler Gewerkschaften und des internationalen Buchdruckersekretariats, die nicht in der Sprache des Landes abgefaßt sind, von englischen Organisationsleitungen einfach unbeantwortet bleiben.

Aber selbst von den in englischer Sprache gedruckten Fragebogen zur Herausgabe einer dritten Ausgabe der Broschüre „Gewerkschaften im Buchdruckgewerbe“ nach dem Stande vom 1. Januar 1910 ist von Großbritannien kein einziger ausgefüllt zurückgekommen. Das ist entschieden eine Unterlassungsflüchtigkeit, die um so mehr ins Gewicht fällt, als es sich in der genannten Broschüre um eine Veröffentlichung von internationaler Bedeutung handelt, die für die Gewerkschaftsbewegung der Buchdrucker in allen Staaten wertvolles Material enthält.

Dieser im Allgemeininteresse notwendigen kritischen Hervorhebungen ungeachtet wünschen wir den an der Durchführung der Fünfstundenwoche in England beteiligten Organisationen doch noch guten Erfolg!

Das Buchgewerbe im Auslande.

Großbritannien. Unser Londoner Mitarbeiter berichtet in einem Briefe, der am 25. April hier eintraf, folgendes über den Stand der Fünfstundenbewegung: Ein Vierteljahr dauert nun schon der Kampf, doch auf beiden Seiten findet man Entschlossenheit und Ausdauer. Die Prinzipale geben zu, daß der Streik ihnen große Kosten und noch größere Verzögerung in der Herstellung der Arbeiten verursacht hat. Das erste ertragen sie mit Würde, und beim zweiten teilen sie den Schmerz durch Entgegenkommen und Sympathie seitens der Kunden. Diese edlen Tugenden würden bei andern Ursachen von Verzögerungen nie zum Vorschein kommen, aber in Zeiten der Gefahren erstarkt das Klassenbewußtsein. Etwa 800 Seher befinden sich noch immer im Kampfe, dazu kommen noch an 700 Arbeitslose. Da jedoch die Extrabehälter der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden mit gewohnter Regelmäßigkeit einlaufen, ist das Streikomitee in der Lage, die kämpfenden mit der nötigen Munition zu versorgen.

Die Arbeit, die noch zu tun übrig geblieben ist, verbleibt den Streikpostenführern und den Deputierten, die ihn und wieder Erfolg haben.

Um einerseits den Streikenden eine kleine Abwechslung zu bieten und um andererseits dem Publikum bekanntzugeben, daß die Buchdrucker sich im Streite befinden, werden allwöchentlich für die Streikenden Brautfahrten zur Demonstration arrangiert. Einige Kapellen von Blas- und Musikinstrumenten begleiten die „Schlachtgesänge“ der Streikenden. Es sind das natürlich keine „Schlachtlieder“, in denen die Taten der Vorfahren, der „Heldensieg“ gefeiert werden, sondern sie haben mehr Ähnlichkeit mit „Schlachtfestliedern“. Vor den Toren der „fair houses“ (Verbandshäuser) erklingen liebliche Weisen, vor den Schusterbuden klingt es wesentlich anders. Ingefahr 50 Firmen, große und kleine, sind augenblicklich den Verbandsmitgliedern verschlossen. Darunter sind von Bedeutung Waterlow und Spottiswoode & Co., für Ausländer König & Chhardt.

Die Ursachen des noch nicht vollendeten Erfolges liegen ziemlich klar: Mangel an Organisation und einheitlichem Vorgehen. Grundliche Unzufriedenheit mit den Führern der Provinzverbände ist im ganzen Lande zum Ausdruck gekommen. Die Abstimmung über die provisorischen Abmachungen der Kongressmitglieder ist allerdings noch nicht zum Abschluß gekommen.

Den Führern der provinziellen Verbände ist es im Grunde genommen gar nicht so zu veragern, wenn sie sich mit 51 Stunden zufrieden geben wollen, denn die Organisationen im Lande sind noch viel lückenhafter als in London. Zu verurteilen ist nur, daß sie sich im Augenblick des Loszuges zurückgeben, trotzdem sämtliche Verbände ein gemeinsames Vorgehen beschlossen hatten. Die Hoffnungen, die man auf die Macht des Kabinettsministers John Burns gesetzt hatte, sind zerschlagen. Er hat nur den Empfang des Briefes bestätigt.

Ausgaben für Propaganda und Agitation haben die englischen Gewerkschaften im allgemeinen nicht, und für erzieherische Zwecke schon gar nicht. Daher das verzweifelte Ringen einer Handvoll intelligenter Schriftsteller, den als Streikorgan gegründeten „Daily Herald“ jetzt als täglich erscheinendes Blatt für „Gewerkschaftler und Demokraten“ auf eine solide Basis zu stellen. Ein Kapitalistenkongress hat dem Komitee bereits 15 000 Pfund Sterl. für die Besitzergreifung des Titels geboten, aber die Gelder für Aktien à 5 Schilling laufen nicht so ein, um vertrauensvoll in die Zukunft blicken zu können, trotz der 2 000 000 Gewerkschaftler und trotz einer 100jährigen Gewerkschaftsbewegung. Man will jetzt den Massen Konfessionen machen, indem man ein paar Spalten dem Abendposten eröffnen will. „Da habt ihr in der Breite gleich gewonnen“, und der Zweck muß hier die Mittel heiligen.

Frankreich. In den Druckereien Obertür und Simon in Rennes, deren Inhaber Tarifgegner sind, befinden sich die Gehilfen im Auslande. Da diesen tarifverachtenden Prinzipalen vor kurzem bei Vergebung der Druckarbeiten für die staatliche Westbahn von der französischen Regierung Druckaufträge in größerem Umfange zuteil wurden, protestierte die Gehilfenorganisation energig dagegen. Leider hatten alle Proteste nicht den gewünschten Erfolg, selbst mehrere Audienzen beim Arbeitsminister vermochten nichts daran zu ändern. Auch in der

Deputiertenkammer kam die Angelegenheit zur Erörterung. Der Deputierte Broussé, Buchdruckerbesitzer in Perpignan, verurteilte die Haltung der Regierung. Der Minister hatte indes nur fache Ausreden zur Hand. Die Tatsache bleibt also bestehen, daß Tarifverächter wieder acht Jahre lang staatliche Druckarbeiten ausführen, trotzdem die Mittelränderischen Dekrete zu Recht bestehen, monach bei Vergebung staatlicher Arbeiten die gewerkschaftlichen Verträge maßgebend sein sollen.

Die reisenden Kollegen warnen der französische Verbandsvorstand davor, sich nach Montluçon, Toulouse, Rennes, Saint-Etienne, Mont-de-Marian, Auch, Quimperles und Pacy-sur-Cure zu wenden, da an den genannten Orten Ausstände resp. Lohnbewegungen im Gange sind.

Der Streik in Saint-Etienne geht nach langem, hartnäckigem Kampfe seinem Ende entgegen. Die Forderungen der Gehilfen auf 6 fr. täglichen Lohn und neunstündige Arbeitszeit wurden von den Prinzipalen bewilligt.

Bosnien und Herzegowina. In Scrajewo war es infolge Tarifbruchs durch die Prinzipale und gleichzeitiger Auspersperung ihrer Personale zu einem ersten Konflikt gekommen. Die eingeleiteten Vermittlungsversuche des kroatischen Verbandes zeitigten ein günstiges Resultat für die Gehilfen. Es tritt eine Lohnerhöhung von 2 Kronen ein. Die Kommission des Internationalen Sekretariats wird als Schlichter über einige unerledigte Punkte angerufen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 24. April.

Italien. Mit der bereits erfolgten Gaueinteilung des Verbandsgebiets laut Beschluß der letzten Generalversammlung verschwinden die bisher bestehenden Regionalkomitees, denen die Propaganda in der Provinz oblag. Die neuen Konfunktionalvorstände mit dem besolobten Sekretär an der Spitze übernehmen dieses Amt. Die Regionalkomitees waren von der Generalversammlung in Rom (1903) eingeleitet worden und befristeten nur teilweise ihre Erfolge.

Die Lage des Arbeitsmarktes in unserm Verufe war Anfang April mit Ausnahme von zwei Sektionen eine vorzügliche zu nennen. Gegen 50 Städte, darunter Rom, Florenz, Genua, Bologna, haben überhaupt keine Konfunktionslose. Charakteristisch ist, daß acht Seher und sieben Brudersöhne „ohne Kunst“ waren.

Zu einer der originellsten Kunstwürdigkeiten auf der Internationalen Ausstellung in Turin dürfte eine in Betrieb befindliche Buchdruckerei des 15. Jahrhunderts zählen, verbunden mit einer Schau der primitivsten Hilfsmittel aus der Vergangenheit. Die Strecke des zurückgelegten Wegs in technischer Entwicklung und Vollkommenheit wird sich durch den in aller Nähe befindlichen Palast der Zeitungs- und Buchdruckerkunst markant abheben.

Nebenbeschäftigung.

So ungern ich Redaktionschwänze sehe, so habe ich doch bei dem Artikel des Kollegen G. (Halle): „Zwei Anträge zur Generalversammlung“, einen solchen geradezu vermisst. (Siehe Briefkastennotiz an D. S. in Breslau in Nr. 40. Red.) Noch besser wäre gewesen, wenn der Artikel überhaupt nicht erschienen wäre. Warum? Weil er uns sehr schadet als nicht, was zu beweisen ich nachfolgend versuchen werde.

Kollege G. polemisiert in seinem Artikel gegen den Berliner Antrag, „daß es dem gewerkschaftlichen Geiste nicht entspricht, wenn Kollegen außerhalb der Arbeitszeit durch Nebenbeschäftigung andern das Brot wegnehmen“. Die Gegenbeispiele, die er dabei anführt, sind zum Lachen. Wenn ich auch zugebe, daß das heutige Minimum nicht zum Leben und nicht zum Sterben reicht und in keinem Einklange steht zu den Anforderungen und Antriebsereizen in unserm Verufe, so wäre doch nichts verkehrter, als unser Heil in der Nebenbeschäftigung zu suchen.

Tausende von Mart werden jährlich von der Gehilfenschaft ausgegeben zur Hebung des Gewerbes, zur technischen Weiterbildung, auf Grund welcher auch eine finanzielle Besserstellung erfolgen kann. Wie kann sich da Kollege G. für die nebenbeschäftigten Kollegen ins Zeug legen? Da wäre ja angebracht, daß die Typographischen Vereinigungen zuwelfen auf die Tagesordnung setzen würden: „Wie erhöhe ich mein Einkommen durch Nebenbeschäftigung?“ Vielleicht würden sich dann mehr Kollegen einfinden, als dies jetzt der Fall.

Wem wird niemand etwas dagegen haben, wenn die Frau eines Kollegen einen Kramladen betreibt und der Mann dann ab und zu einmal einen Vollmops oder Frühstücksstake mit zum Geschäfte bringt. Aber es gibt noch andre Arten von Nebenbeschäftigung, z. B. am Tag arbeiten und des Nachts zum Tanz aufspielen oder Servieren usw. Erkrankt nun ein solcher Kollege infolge Überanstrengung, so muß doch auch die Verbandskasse blechen, und das geht uns wohl etwas an. Von der Nichtbeteiligung dieser Kollegen an Versammlungen und Vorträgen ganz abgesehen. Eine Statistik würde hierüber wohl die besten Beweise liefern.

Nun noch eins. Auf der einen Seite ringen wir um Arbeitszeitverkürzung, auf der andern sucht man Nebenbeschäftigung!

Zum Schluß möchte ich meinen Gedanken noch in kompresser Form Ausdruck verleihen. Unser Ziel ist und muß sein und bleiben: das Buchdruckgewerbe dahin zu bringen, daß es jedem brauchbaren Gehilfen möglich ist, durch seiner Hände Arbeit seine Familie zu ernähren in eigenem Verufe.

Gau Schlesien.

Am 16. und 17. April (Dienstag) fand in Breslau in den „Unionssälen“ die XXII. ordentliche Hauptversammlung statt.

Der Gesangsverein „Gutenberg“ leitete am Morgen des ersten Tages den Gantag mit dem Begrüßungsliede von Wiatarski sehr stimmungsvoll ein. Gauvorsteher Fiedler eröffnete hierauf die Tagung, zunächst die Delegierten und den Vertreter des Verbandsvorstandes, den Kollegen Eisler, aufs herzlichste begrüßend. Wir Schlesier sollten stets befreit sein, der Gesamtorganisation zu dienen und zu nützen, und keine Mühe und Arbeit scheuen, den steinigten Boden in fruchtbares Ackerland umzuwandeln.

Kollege Gärtel (Breslau) hieß sodann die auswärtigen Delegierten willkommen und wünschte, daß die Tagung dem Wohl unserer Organisation dienen möge. Die feurigen Klänge des bekannten Liedes „Empor zum Licht!“ von Uthmann leiteten sodann in die Verhandlungen über.

Gauvorsteher Fiedler gedachte der Verstorbenen, speziell der Kollegen Weingier, Heinrich Müller, Schmidt, Zepolt und des Hauptverwalters Meyer. Die Delegierten erhoben sich zum ehrenden Gedenken von ihren Plätzen. Hierauf wurde beschlossen, an den alten Verbandsveteran Klapproth in Hannover, der an diesem Tage sein 50jähriges Berufsjubiläum feierte, ein Glückwunschtelegramm zu entsenden.

Als stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege Reichelt (Wölzig) gewählt. Als Schriftführer fungierten die Gauvorstandsmitglieder Fiering und Richter und an Stelle des erkrankten Vorstandmitglieds Schönian wurde noch Kollege Mahe zum Schriftführer gewählt. Nachdem die Mandatprüfungs- und Disziplinarkommission gebildet war, ergriff Kollege Fiedler das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Gauvorstehers: Mit Vergnügen sei zu berichten, daß der Gau Schlesien Fortschritte gemacht habe. Die Zahl seiner Mitglieder habe sich seit drei Jahren um etwa 400 vermehrt. Die Zunahme war fast in allen Bezirken — außer Breslau — eine gleiche. Kostlose Arbeit habe dies zuwege gebracht. Die Neuaussensenden traten fast ausnahmslos in unsere Reihen ein. Leider sei es noch nicht gelungen, die immerhin große Zahl von Nichtmitgliedern unserer Organisation zuzuführen. Unter diesen Nichtmitgliedern befinden sich 268 Gutenbergbinder. Die Zahl der Lehrlinge im Gau ist eine erschreckend große: mindestens 1000 bei 3100 Gehilfen. Also auf drei Gehilfen ein Lehrling! Diese Zahlen beweisen, daß die Lehrlingskata ohne Unterstützung des Deutschen Buchdruckervereins voll und ganz ausgenutzt werde. Die Summe der Arbeitslosenunterstützung rede ebenfalls eine deutliche Sprache und zeige, daß ein Mangel an Arbeitskräften nicht vorzuhelfen ist. Tarifstreikende Druckereien sind im Gau 66 vorhanden, soweit es statistisch möglich gewesen, dies festzustellen. Sicher kann man aber die Zahl auf 90—100 schätzen. Diese Beschäftigten etwa 130—140 Gehilfen und etwa 120 bis 130 Lehrlinge. In den industriellen Gebieten Oberschlesiens bestimme eine ziemlich große Reservearmee von Buchdruckern, die der „Kunst“ den Rücken gewandt haben, aber stets „Mar zum Gesicht“ sind, b. h. gegebenenfalls ihren Kollegen in den Rücken fallen. Trotz der Zunahme von 400 Mitgliedern sei die Zahl der Nichtmitglieder die gleiche geblieben. 1908 wurden außer Faktoren 2367 Gehilfen ermittelt, 1910 dagegen 2693 Gehilfen, also 326 mehr. Die Quelle des Zustusses der nichttarifstreuen Gehilfen zu verstopfen, müßte unsere nächste und oberste Aufgabe sein. Dazu sollte der Gantag die Nichttarifstreuen festlegen. Die Zahl der Sehmachmaschinen steigere sich fortwährend. Angesichts dieser Verhältnisse wäre nur zu wünschen, daß das Zusammenarbeiten mit den Funktionären und Sparten auch in Zukunft ein harmonisches bleiben möge. Die Versammlung stimmte am Schluß dieser Ausführungen begeistert in ein Hoch auf unsere Organisation ein.

Da die Berichte aus den einzelnen Bezirken im Gauberichte gedruckt vorlagen, wurde auf eine mündliche Berichterstattung verzichtet.

Über „Tarifliches“ im Gau Schlesien führte sodann Gehilfenvertreter Fiering folgendes aus: Wir seien wohl vorwärts geschritten, aber es bleibe auf dem Wege der tariflichen Entwicklung noch viel zu tun übrig, ehe wir mit dem Erreichten zufrieden sein können. Viele Prinzipale, hauptsächlich in der Provinz, glauben, daß mit ihrem Beitritte zur Tarifgemeinschaft die soziale Frage gelöst sei. Der Haupttrebschaden sei die oft starke Überschreitung der Lehrlingskata. Wohl in keinem Tarifstreife lägen die Verhältnisse in dieser Beziehung so traurig wie in Schlesien. Redner erwähnte einzelne markante Fälle, wo Provinzprinzipale sich gegen die Tarifgemeinschaft in geradezu unqualifizierbarer Weise verhalten haben. Hier wecke schon die Tarifrevision ihre Schatten voraus. Die Tarifperiode gehe ihrem Ende entgegen, und noch immer müßten einzelne Positionen verteidigt und geschützt werden. Unser Wirken werde durch die Scharmacher noch erschwert. Jeder müßte deshalb seine Pflicht und Schuldigkeit tun und stets nur so handeln, daß dem Großen und Ganzen gedient ist.

Hierauf erstattete Gauverwalter Schubert Bericht über den Stand der Kasse. Das Vermögen hat danach eine erfreuliche Zunahme erfahren, sie beträgt in drei Jahren 10742 Mk. Das Vermögen der Gantasse ist demnach zurzeit auf ungefähr 33000 Mk. angewachsen. In den Jahren von 1893 bis 1902 stieg das Vermögen auf 7000 Mk. Von 1903 ab, wo der Beitrag wegen Un-

stellung des Gauverwalters und Einführung des Vergräbnisgeldes um 5 Pf. erhöht wurde, gesunde die Kaffe und Stieg das Vermögen in acht Jahren um das Dreifache. Redner bewies an Hand von Unterlagen, daß der Gau Schlesien nicht zu hohe Verwaltungsausgaben aufzuweisen habe. Trotz ungünstiger Arbeitsverhältnisse habe sich der Vermögensbestand in aufsteigender Linie bewegt und wäre nur zu wünschen, daß dies noch lange so fortbauern möchte.

Dem Gauverwalter Schubert wurde hierauf Bedache erteilt mit dem Wunsche, daß Kollege Schubert noch viele Jahre in so musterhafter Weise die Kassengeschäfte unserer Organisation führen möchte.

In die Berichte schloß sich eine kurze, aber rege Diskussion an.

Die Mandatprüfungs-Kommission hatte indes festgestellt, daß sämtliche Mandate gültig sind.

Zum § 2 der Gaubestimmungen, Organisation betreffend, waren folgende Anträge gestellt: 1. Antrag Görtlich: „Der Gau ist eingeteilt in Bezirke, die sich aus Ortsvereinen und Mitgliedschaften zusammensetzen, und bildet einen integrierenden Bestandteil des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Die...“ 2. Antrag des Gauvorstandes: „Der Bezirk Weuthen (Oberöschl.) ist wie folgt zu teilen: Bezirk Weuthen mit Antonienhütte, Bismarckhütte, Biskupitz, D. Fiedler, Gleiwitz, Groß-Strehlitz, Königshütte, Kreuzburg, Oberöschl., Lipine, Lublink, Michowitz, Preistretscham, Radzionkau, Rosenburg, Ruda, Scharley, Schwintochlowitz, Tarnowitz, Tost, Zabrze, Jabrze. Bezirk Rattowitz mit Hultschin, Ratscher, Laurahütte, Leobschütz, Loslau, Myslowitz, Mikolai, Pleß, Ratibor, Rybnitz, Schoppnitz, Siemianowitz, Sohrau. Der Bezirk Neiße erhält Cosel (Oberöschl.) und gibt dafür Groß-Strehlitz, Kreuzburg und Rosenburg an den Bezirk Weuthen, und Leobschütz an den Bezirk Rattowitz ab. Die Orte Münsterberg, Namskau, Strehlen, Ohlau, Wansien und Gr. Wartenberg kommen zum Bezirk Breslau, ebenso gibt der Bezirk Waldenburg Zobten a. B. an Breslau ab.“ Kollege Fiedler (Görtlich) begründete den ersten Antrag und ersuchte hierbei, bestimmte Normen festzusetzen. Der Antrag wurde beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, nach Möglichkeit Ortsvereine zu gründen.

Der zweite Antrag wurde hauptsächlich vom Kollegen Bialas (Weuthen) sehr bekämpft, weil er sich wenig praktischen Erfolg für die Vegetation von der vom Gauvorstande beantragten Teilung verspreche. Nach längerer, lebhafter Debatte, an der sich speziell die oberöschlischen Delegierten beteiligten, beschloß der Gautag, daß die Bezirksvorstände im Laufe der Tagung zusammenzutreten und sich über die Teilung noch verständigen möchten. Der Antrag selbst wurde einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag des Gauvorstandes, Verwaltung betreffend: „Jeder Bezirk hat alljährlich einen Bezirksvorstand zu wählen, welcher mindestens aus einem Vorsitzenden, einem Kassierer und einem Schriftführer bestehend...“ Außerdem sind mindestens drei Kassierrevisoren auf die gleiche Amtsdauer zu wählen.“ wurde ohne weitere Debatte angenommen.

Ein Antrag Görtlich, welcher bezweckt, daß die §§ 738 bis 740 und § 725 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in die Gaubestimmungen aufgenommen werden, wurde nach mehrfacher Gegenrede wieder zurückgezogen.

Einem Antrage des Bezirks Breslau: zu § 12, 1, einzufügen: Entschädigung der Portoauslagen an die Bezirkskassen Breslau und Vergütung von jährlich 50 Mt. für Botenlohn stimmte die Versammlung zu.

Zu § 12, 6 b, betreffend Sterbebegleichung, lag folgender Antrag Breslau vor: „Der Schlußsatz dieser Bestimmung soll lauten: Auch aus dem Gau verziehende Mitglieder erhalten, wenn sie bezugsberechtigt, den Sterbebegleichungsgeld, jedoch nur solange, bis sie in einem andern Gau, in dem sie konfessionieren, dazu bezugsberechtigt sind.“ Nach kurzer Begründung durch Kollegen Gärtel (Breslau) und einem vom Kollegen Lindner (Görtlich) gemachten Zusatz, daß die eventuelle Differenz zwischen dem Sterbebegleichungsgeld anderer Gawe, der Gau Schlesien trägt, wurde der Antrag angenommen. Im Anschlusse hieran wurde nach einem vom Kollegen Schilling (Breslau) gemachten Vorschlage, dem Gauvorstand aufgetragen, zu ermitteln, ob analog eines angenommenen Antrags des Gaus Rheinland-Westfalen es sich nicht auch bei uns ohne Beitragserhöhung ermöglichen lasse, beim Todesfalle der Ehefrau die Hälfte des dem Mitglied erstehenden Sterbebegleichung zu zahlen.

Der Antrag des Gauvorstandes: „Die Bestimmungen über den Gauzuschuß sind den Beschlüssen der Generalversammlung in Hannover eventuell dem Gegenseitigkeitsvertrag entsprechend zu ändern“, wurde ohne größere Debatte angenommen.

Ein Antrag der Ortsvereine Glogau und Sprottau, welcher die Beihilfe zu den Umzugskosten noch mehr ausgebaut haben will, wurde mit der Motivierung, daß die Umzugskostenrichtungen nicht noch vielfältiger gestaltet werden sollen und daß der Antrag auch einem auf der letzten Generalversammlung des Verbandes gefaßten diesbezüglichen Beschluß zuwiderläuft, gegen drei Stimmen abgelehnt.

Nach beendeter Mittagspause wurde in die Beratung der vom Gauvorstande, den Bezirken Breslau, Rattowitz, Weuthen, Hirschberg, Neiße und Waldenburg und dem Ortsvereine Sagan gestellten Anträge eingetreten. Sämtliche Anträge verlangten die Anstellung des Gauvorstehers. Gauvorsteher Fiedler begründete im Auftrage des Gauvorstandes den Antrag in ausführlichen Darlegungen, wonach es trotz mehrfacher Arbeitsteilung nicht länger möglich sei, den Posten im Nebenamte zu verwalten. Er berührte in seinen Ausführungen die

vielen Für und Wider, die bei dem Antrage schon früher gemacht wurden und auch jetzt aufzuzählen könnten, und kam zu dem Fazit, daß die Anstellung nur im Interesse des Gaus und der Gesamtorganisation liege. Eine Beitragserhöhung sei nach Ansicht des Gauvorstandes aus diesem Anlasse augenblicklich nicht nötig.

Fast alle Redner, unter ihnen auch Kollege Eißler (Berlin) sprachen sich für die Anstellung aus. Menschlichkeitsrücksichten forderten schon bei Annahme der Anträge die Anträge in der Meinung, daß sich der Posten noch im Nebenamte verwalten lasse. Nachdem ein Schlußantrag angenommen, wurde zur Abstimmung über die die Anstellung betreffenden Anträge geschritten und wurden dieselben gegen fünf Stimmen von 88 angenommen. Danach wird der Gauvorsteher vom 1. Juli 1911 an angeteilt.

Gauvorsteher Fiedler eröffnete am zweiten Tage nach 9 Uhr die Verhandlungen. Die Debatte über die Anstellung des Gauvorstehers wurde fortgesetzt, und fand ein vorliegendes Anstellungsregulativ Annahme.

Über den Wahlmodus entspann sich daraufhin eine sehr lebhaft Debatte. Es lagen hierzu drei Anträge vor, die 1. die Anstellung des Kollegen Fiedler vom Gautage, 2. die Wahl eines besolterten Gauvorstehers auf dem Gautage und 3. die Wahl per Urabstimmung verlangten. Der erste Antrag wurde zurückgezogen und der dritte angenommen. Festgelegt wurde ferner, daß der Gautag alle drei Jahre wie den Gauverwalter auch den Gauvorsteher bestimme. Betreffs der Anstellungsbedingungen wurde vorgeschlagen, das Anfangsgehalt auf 2000 Mt., steigend bis 3000 Mt., festzusetzen. Auch hierüber entspann sich eine rege Debatte. Es wurde ferner ein Antrag des Kollegen Baumgart (Rattowitz), daß, im Falle Kollege Fiedler gewählt würde, er im Gehalt in Anbetracht seiner langjährigen Tätigkeit, dem Gauverwalter gleichgestellt werde, angenommen. Nach kurzer Für- und Gegenrede wurde hierauf auch die Zusammenlegung des Gauvorsteherpostens mit dem Gehilfenvertreterposten beschlossen.

Ein Antrag Görtlich betreffend Zusammenlegung der Gauverwaltung verlangte die Heraushebung der auf einen Abgeordneten kommenden Mitgliedszahl; ein Antrag Glogau und Sprottau, daß die Bezirksvorsteher ohne Wahl Sitz und Stimme in der Gauverwaltung haben. Beide Anträge wurden gegen zwei resp. zehn Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Goldberg, der bei der Anstellung von Kandidaten zu Gautagsdelegierten auch die kleineren Orte mehr berücksichtigt wissen will, wurde den Bezirksvorstehern zur Beachtung überwiefen.

Eine Erhöhung der Beiträge wurde nach einem Antrage des Gauvorstandes nicht vorgenommen, sondern nur betont, daß, wenn außergewöhnliche Umstände dies veranlassen, der im Gauvorstande vorgesehene Weg eingeschlagen sei.

Die Reinertragsrechnung für die Gauvorstandsmitglieder wurde wie folgt festgestellt: der Schriftführer erhält 60 Mt. und der stellvertretende Vorsitzende und der Besizer 50 Mt. Dem Gehilfenvertreter Fiering wurde für seine Mithilfeleistung in den drei Jahren eine Entschädigung von 150 Mt. bewilligt.

Auf Antrag der Diätenkommission wurde beschlossen, pro Tag 10 Mt. zu gewähren und den auswärtigen Delegierten das Nachquartier sowie etwaigen Arbeitsverlust zu entschädigen.

Hierauf erfolgte die Bestätigung des Gauverwalters. Vom Kollegen Dieß (Glogau) wurde beantragt, den nächsten Gautag in Glogau abzuhalten. Diesem Antrage wurde aber widersprochen und auf Antrag beschlossen, den nächsten Gautag wieder in Breslau stattfinden zu lassen und auch Breslau als Vorort zu behalten.

Hierauf erhielt Kollege Eißler (Berlin) das Wort zu seinem Referat über die nächste Generalversammlung des Verbandes. Redner beschäftigte sich zunächst mit den zur Tarifrevision gestellten Anträgen und ging dann zu den Generalversammlungsanträgen über, dabei ließ er den Gehaltens- und Lichtseiten dieser Anträge eine flüchtige Würdigung zuteil werden. Lebhafter Beifall bewies die allseitige Zustimmung.

Die Debatte hierzu gestaltete sich sehr lebhaft. Ein Breslauer Redner wünschte, der „Korr.“ hätte vor Stellung der Generalversammlungsanträge Artikel im Sinne des Eißlerschen Referats gebracht, dann wäre vielleicht nicht eine solche Unmasse von Anträgen eingegangen.

Der betreffende Redner bejähnte sich im Entschlusse. Bereits in unsem Reichsgründungsrichteten wir an die Kollegenchaft die Mahnung: „Die Generalversammlung in Hannover wird hauptsächlich nicht zur Heiligung unfruchtbarer Anregungen und unzulässiger Anträge werden, vielmehr den Beweis erbringen, daß die deutsche Kollegenchaft sich der Verantwortung bewußt ist und der Verantwortung ihrer Position im Gewerkschaftsbau treu bleibt.“ Und deshalb soll ihr das gewerkschaftliche Moment vor allem Dingen betont werden. Wenn man sich nicht vorher danach fragt, ob es ist das zu bewahren, aber nicht unter Schutz. Tatsächlich sind gegen 1908 die Generalversammlungsanträge aber um ein gar nicht so geringes zurückgegangen, auch der Artikel im „Korr.“ darüber sind erheblich weniger gewesen, wobei wir die aus guten Gründen nicht aufgenommenen nicht einmündigstellen wollen. Mit unserer Meinung wünschten wir, daß man sich nicht nur mit dem Inhalt der Anträge beschäftigt hat und deswegen ja schon seine Mühseligkeit ausgesprochen. Es ist also nicht vorfindlich, was unzufällig hätte noch mehr gesehen können, und wie es möglich hätte sein sollen, die Kollegenchaft in dieser Beziehung zu größerer Entschlossenheit zu bewegen. Auf unsern Vortragssprecher, Sozialisten-Theater lausien nur einmal viele Menschen mit recht vielen Anträgen umher. Sie wollen beständig behaupten, denn die haben viel gelesen von Meinungsverschiedenheit, demokratischen Prinzipien, annehmenden Forderungen und demokratischen Mitteilungen. Sollte der betreffende Redner wirklich eine so große Schamhaft nach uns sagen wir einmal Bevormundung haben? Es wäre mag dies tain zu glauben Die Redaktion.

Im weiteren wünschte er, daß in der Kassenführung aller Funktionäre eine Einseitigkeit Platz greifen möchte, und daß dazu der Zentralvorstand und die Generalversammlung Schritte unternehmen. Kollege Eißler (Berlin) erklärte den letzteren Vorschlag des Kollegen Redner als sehr sympathisch.

Die weiteren Diskussionsredner sprachen zum Teil gegen die Ausnahmebestimmungen, für ein größeres Mitbestimmungsrecht und die Anlegung von Verbandsgeldern in genossenschaftlichen Betrieben. Kollege Eißler gab zu dem letzten Wunsche bestiebende Aufklärung.

Nach beendeter Mittagspause wurde in der Diskussion über das Eißlersche Referat fortgefahren, wobei noch mancher Wunsch dem Vertreter des Zentralvorstandes sowie den Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes unterbreitet wurde.

Gauvorsteher Fiedler teilte hierauf mit, daß unter den Bezirksvorstehern folgende Verständigung betreffs der Einteilung der Bezirke stattgefunden habe: Die Orte Gnadenfrei, Frankenstein, Nimpfsh und Neichenstein werden an den Bezirk Neiße, Sagar und Zobten a. B. an den Bezirk Breslau und Brinkenau an den Bezirk Glogau abgeteilt. Kosel bleibt bei Weuthen, Großschönitz und Carlsruhe kommen zu Neiße und Konstadt und Kreuzburg noch zu Breslau.

Beim Punkt: Sonstige weitere Anträge wurde ein von Breslau gestellter Antrag nach einiger Abänderung wie folgt mit rückwirkender Kraft angenommen: „Mitglieder, welche 40 Jahre dem Verband angehören, erhalten ein Geldgeschenk von 50 Mt.; 50jährige Berufsjubilare, welche 25 Jahre Mitglied sind, erhalten ein Diplom.“ Ein Antrag des Bezirks Weuthen, die Kosten von 75,80 Mt. für eine Vertrauensmännerprüfung auf die Gautasse zu übernehmen, wurde auch angenommen. Ein von demselben Bezirke gestellter anderer Geldebewilligungsantrag aber abgelehnt.

Eine Anregung auf Einführung von Quittungsbüchern geltigte eine kurze Aussprache.

Nachdem von seiten des Gauvorstehers noch einige kleinere Mitteilungen gemacht und auch von den Delegierten manche Anregung gegeben worden, wurde beschlossen, diesmal von der Drucklegung des Protokolls Abstand zu nehmen und für die Folge ein Gautagsprotokollbuch anzulegen.

Die Teilung Oberöschlens soll zum 1. Juli erfolgen. Ein Delegierter machte auf die Wichtigkeit der Wahl der Ortskrankenkassenvorstände aufmerksam, weil dieselben die Grundlage geben für den ganzen Aufbau der Versicherungskörperschaften. Ein anderer Redner ersuchte um Unterstützung der Genossenschaftsbewegung.

Gauvorsteher Fiedler gab ferner ein kurzes Resümee über die Verhandlungen und brachte ein kurzes Resümee aufgenommene Hoch auf den Verband aus.

Kollege Eißler ergriff noch einmal das Wort, um zur Eintracht zu mahnen und den Wunsch auszusprechen, daß unsere Sache in der Zukunft von einem glücklichen Sterne begleitet sein möge.

Nachdem Kollege Fiedler ferner ferner allseitigen Dank ausgesprochen und dem Kollegen Eißler versichert hatte, daß die Schiefer jederzeit ihre Pflicht tun werden, und nach weiteren Dankworten des Kollegen Wölfe (Raugenbiew) wurde der Gautag um 5 Uhr nachmittags am zweiten Ostersfesttage geschlossen.

Eine lange und arbeitsame Tagung hatte der Gautag vollbracht. Arbeit aber, die im Interesse der Organisation unbedingt notwendig ist und ihr zum Wohle gereichen wird. Die Arbeit wurde nur durch den am ersten Tage veranstalteten Familienabend unterbrochen. Dieser ließ die auswärtigen Delegierten und Gäste auch die Kollegialität und Gastfreundschaft der Breslauer Kollegen erkennen.

Der Leitern aller möge aber stets bleiben:
Das Wohl der Allgemeinheit achten,
Nicht nur nach heiligen Werten trachten,
Nur der Bescheidenheit abgesehen,
Macht unser Leben wirklich schön!

Breslau. R. M.-e.

Korrespondenzen.

Z. Samburg. Mitgliedsversammlung des Buchdruckervereins am 19. April im „Gewerkschaftshaus“. Vor Eintritt in die Tagesordnung eiferten die Versammelten in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Kollegen Alwin Weitin und Friedrich Jde. In kurzer Zeit wurde alsdann die Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung des Verbandes zu Ende geführt. Für die ausgesperrten Kollegen in Fimland hatte der Vorstand 2000 Mt. abgeschrieben, die nachträglich einmündig bewilligt wurden. In den Druckerreisen waren außerdem 178 Mt. gesammelt. Den Kartellbericht über die letzten Sitzungen erstattete Kollege Meischer: Die Sitzung vom 2. April beschäftigte sich mit der Malzeier. In der Sitzung vom 18. April wurde über die bevorstehende bedeutende Vergrößerung des Gewerkschaftshauses Bericht erstattet sowie über den Abbruch der Verhandlungen wegen der Verschmelzung der Neuen Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen von 1886 mit der „Produktion“. Das Verhalten ergränzten Vereins machte eine weitere Verhandlung unmöglich. Als Protest gegen die geplante Sonderbesteuerung der Konsumvereine (die „Produktion“ hätte nach dem Entwurf im letzten Jahr etwa 75000 Mt. Steuer zu zahlen gehabt) wurde ein Appell an alle Konsumenten gerichtet, der „Produktion“ beizutreten, die jetzt nur noch einzeln und allein als wirklich moderne Konsumgenossenschaft in Frage käme. In den alsdann aufgenommenen „Vereins-

mitteilungen" berichtete der Vorsitzende u. a., daß der Drucker Albert Heimig auf Grund des § 5 Abs. b des Statuts ausgeschlossen wurde. Bei der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine seien 30000 Mk. zu 4 Proz. belegt und ferner sei bei dieser Gesellschaft ein Bicotonto eröffnet. Nach einigen weiteren internen Angelegenheiten kam abermals zur Sprache, daß in einem hiesigen Geschäft mit einigen Kollegen längere Kündigungsfristen vereinbart wurden, nachdem das Tarifamt es in diesem Falle gestattet. Der Entscheid des Tarifamts wurde allgemein bedauert, und Kollege Steinhardt brachte eine entsprechende Resolution ein, die, nachdem sie mehrere Redner besprochen hatten und Kollege Dreier dagegen gesprochen, gegen eine kleine Minderheit angenommen wurde.

Sannover. Die Buchdruckerei von Gustav Jacob (Inhaber Bernhard Jacob) feiert am 1. Mai dieses Jahres das Fest des 50jährigen Bestehens. Am 1. Mai 1861 unter der Firma Jacob & Neuber gegründet, ging das Geschäft nach dem Tode des letztgenannten Mitinhabers in den alleinigen Besitz des erstgenannten unter der Firma Buchdruckerei von Gustav Jacob über. Nach dem Tode dieses Gründers (1895) übernahm der jetzige Inhaber Bernhard Jacob das Geschäft und führte es unter der alten Firma weiter. Bemerkenswert sei noch, daß die hiesige Buchdruckerei einer der wenigen Kunststempel ist, in welchem zwischen Prinzipal und Personal Verhältnisse herrschen, die auf alle Fälle gegenseitiges Vertrauen voraussetzen. Unsere besten Wünsche begleiten den jetzigen Inhaber bei seinen geschäftlichen Unternehmungen auch fernerhin.

Rundscha.

Bei den Gehilfenprüfungen in Stuttgart wurden nachstehende Juren erteilt. Von 40 Sehern erhielten drei „Recht gut“, neun „Gut“ bis „Recht gut“, dreizehn „Gut“, zehn „Befriedigend“ und fünf „Genügend“. Von 39 Druckern erhielten drei „Recht gut“, zwölf „Gut“ bis „Recht gut“, zehn „Gut“, neun „Befriedigend“ und fünf „Genügend“. — In Zwickau unterzogen sich 18 Neuausgelernte, und zwar zehn Seher, fünf Drucker und drei Schweizerdegen der Gehilfenprüfung. Einer erhielt die Note „Recht gut“, acht „Gut“, vier „Ziemlich gut“ und fünf „Genügend“. — Vor dem Prüfungsausschusse der Buch- und Steindruckervergewerkschaft des Regierungsbezirks Osnabrück unterzogen sich 14 Neuausgelernte der Prüfung, und zwar aus den Druckerorten Dissen, Lingen, Melle, Meppen, Osnabrück und Papenburg. Das Ergebnis war im Praktischen zehnmal „Gut“ und viermal „Fast gut“, im Theoretischen sechsmal „Gut“ und achtmal „Fast gut“. — Zu der Gehilfenprüfung in Meß hatten sich sieben Seher, zwei Drucker und ein Schweizerdegen gemeldet. Zwei Seher und ein Drucker erhielten das Prädikat „Gut“, zwei Seher „Ziemlich gut“ und „Genügend“ drei Seher. Unter den letzteren befand sich der Schweizerdegen, der die Prüfung nur als Seher bestand. Ein Seher und ein Drucker fielen durch; die Handwerkskammer erhielt den Auftrag, beide noch ein halbes Jahr in einer anderen Druckerei nachlernen zu lassen. Offenlich geschieht das auf Kosten der Lehrdruckerei.

„Die Frau im Osten“ betitelt sich ein Blatt, das in Breslau aller 14 Tage das Licht der Welt erblickt und in seiner technischen, textlichen und illustrierten Aufmachung an die Erzeugnisse französischer Waffen- oder Erziehungsanstalten erinnert. Es wird von Frauen hergestellt und soll sich dadurch, wie es in dem Blatte heißt, sehr vorteilhaft von allen anderen Frauenzeitschriften abheben. Die uns vorliegende Nummer kann diese Behauptung jedoch nicht rechtfertigen. Denn Satz und Druck sind so mangelhaft, daß Beilagen im dritten Lehrjahre sehr schlecht dabei wegkämen, wenn sie die technische Herstellung dieser Nummer auf dem Gewissen hätten. Es ist ganz gewöhnliche Fußarbeit. Zu einem Artikel „Die Frau im Berufsleben“ wird erzählt, daß die „Frau im Osten“ nur von Frauen geschrieben, redigiert, gesetzt, gedruckt und expediert wird. Über das Geschriebene und Redigierte wollen wir den Mantel der Höflichkeit bedecken, aber vom Gesehenen müssen wir sagen, es läßt sehr viel zu wünschen übrig, und die Behauptung, daß die Zeitung auch von Frauen gedruckt werde, bezeichnen wir als Plunkerei. Denn der in der Druckerei beschäftigte Maschinenmeister ist doch auf keinen Fall nur zum Spaziergehen eingestellt. Soviel wir wissen, sind auch noch einige Seher in diesem Kunststempel des Frauleins Favorite beschäftigt, die aber weder tarifliche Vergütung noch tarifliche Arbeitsweise haben. Was diese Herren in der Seherei machen, mag sehr spaßhaft sein; wir nehmen an, daß sie schwierigere Sacharbeiten verrichten. Aber auch noch eine andre Plunkerei wird den Lesern der „Frau im Osten“ in der uns vorliegenden Nummer vorgezogen. Auf einer Abbildung der Seherei finden wir zehn Seherinnen, während in Wirklichkeit nur sechs Seherinnen bei Fraulein Favorite tätig sind. Es sind also vier Statistinnen ins Feld gestellt worden, um den Kunststempel möglichst voll erscheinen zu lassen. Über dem Ganzen schwebt eine sehr ungesunde Atmospäre, in der die angelegte Förderung der Frauenarbeit weiter nichts ist als eine Verschleierung für billige Herstellung der Zeitung. Es wird also die Frauenbewegung durch die „Frau im Osten“ in den Dienst der Schmutzkonkurrenz gestellt.

Die Zwangsinnung der Buch- und Steindruckereien im Regierungsbezirk Osnabrück wurde aufgelöst, nachdem sie zwölf Jahre bestanden hatte. Es soll nun eine freie Buchdruckereinnung gegründet werden. Fabriklehrlinge und Werkstättenprüfungen. Die Vollversammlung der Handwerkskammer in Köln faßte

einen Beschluß, wonach sie sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß seitens der Handwerkskammer auch Fabriklehrlinge geprüft werden können. Dem Vorstand soll es überlassen bleiben, die Bedingungen vorläufig festzusetzen. Der Verein der Industriellen erklärte sich damit einverstanden, ebenso mit den erhöhten Prüfungsgebühren; nur mit der Kontrolle der Betriebe durch die Beauftragten der Handwerkskammer können sich die Fabrikbesitzer nicht befunden.

Preisauschreiben als Kellame und grober Unfug. Eine Margarinefabrik, die das übliche Verkaufsgeschäft in Neumpfundpaketen betreiben möchte, wendet folgenden Kellameitric an: Sie erläßt große Inserate, in denen ein Preisauschreiben angefügt wird. Das Preisrichtamt haben „freundlicht“ die Besitzer der Fabrik selbst übernommen. Sie reagieren jedoch nur auf Einwendungen, denen ein Gutsein beilegt. Diese Gutheine erhält man bei Bezug eines Pakets. Da drei Fragen gestellt sind und für die Beantwortung jeder Frage ein besonderer Gutsein beilegt werden muß, ist also jeder Teilnehmer gezwungen, 27 Pfund Margarine zu beziehen, um überhaupt die Aussicht zu haben, von den Preisen etwas zu erhalten. Das Ganze ist natürlich ein Kellameitric, zugeschnitten auf die, die nicht alle werden.

Verwaltungsbeamter gesucht. Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sucht für ihre Abteilung für Verwaltungssachen einen leitenden Beamten. Außer der allgemeinen Verwaltung soll dieser Beamte Personalangelegenheiten, Arbeits- und Lohnartikeln, Steuerfragen, Versicherungswesen, Statistik, Registratur und Organisationsfragen behandeln. Der Bewerber muß daher über das Genossenschaftswesen und über die Gewerkschaften orientiert sein und eingehende sozialpolitische Kenntnisse besitzen. Bewerbungen, denen ein Lebenslauf und Gehaltsansprüche beizufügen sind, sind an die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg 1, Weisenbinderhof 52, zu richten.

Metallarbeiterausperrung und Steuerkündigung. Wie die „Dresdener Volkszeitung“ berichtet, beschloß der Gemeinderat in Luerswalde bei Chemnitz, den ausgesperrten Metallarbeitern den Termin der Gemeindesteuern noch zu verlängern.

Von der deutschen Tendenzgesetzgebung. Die mehrmals erwähnten Pläne der Reichsregierung, eine arbeiterfeindliche Tendenzgesetzgebung durchzuführen, nehmen immer mehr greifbare Formen an. Die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ weiß zu melden, daß der Kommissionsrat zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs eine staatsrechtliche Denkschrift über Ausschreitungen bei Demonstrationen zugegangen ist, behufs Heilbeiführung einer Verschärfung der Strafen gegen den Terrorismus“. Das „Berliner Tageblatt“ knüpft an diese Mitteilung denselben berechtigten Wunsch, daß man über diese interessante Denkschrift hoffentlich bald näheres erfährt. Ungeändert habe sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Es wäre sonst nicht verständlich, warum man auf so weitem Umwege von ihrer Existenz erst Kenntnis erhalten muß.

Von einer natürlichen Autorität des Unternehmers zu sagen, maß sich Dr. Alexander Tille wieder einmal an, und zwar in einer Denkschrift gegen die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, der er gar zu gern den Garaus machen möchte. Er schreibt etwa folgendes: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt lebt fast ausschließlich von Beiträgen aus industriellen Kreisen, aber ihre gegenwärtige Tätigkeit ist im höchsten Maße geeignet, die Lebensinteressen der deutschen Industrie zu schädigen. Der letzte Jahresbericht müsse selbst zugeben, daß das Interesse der industriellen Arbeitgeber nach der Ansicht vieler etwas in den Hintergrund getreten sei, seitdem die Zentralstelle viel weiteren Zielen zustrebe. Schon die Zusammenlegung der Zentralstelle zeigt ihre ganze Gefährlichkeit. An der Spitze steht zwar Staatsminister v. Möller, doch das ist nur eine Fornsache; die eigentliche Leitung liegt in den Händen „Bekannter Klassenmoralisten“. Unter den fünf Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes sind der „staatspolitische“ Ministerialdirektor Hebel, der „Zentrumsprofessor“ Hise und der „Klassenmoralist“ Professor Albrecht. Auch im Verwaltungsrate sind höchst verdächtige Leute. Die zweite Vorstandsguppe gar hat Persönlichkeiten zu ihren Mitgliedern, die offenbar großen Anstoß erregen müssen, nämlich den „Rechtsanwalt“ Wassermann, den Vic. theol. Weber, Fräulein Alice Salomon und Pastor Schaefer. Ferner 16 juristische Staatsbeamte, einen Industriellen und zwei Generaldirektoren. Die Industrie dient also bloß als Zierat und Geldgeber. Nun gar die Angestellten der Zentralstelle, unter denen sich fünf wissenschaftliche befinden, mit Klassenmoralistischer Geistes durchtränkt, die sich durch die Richtung ihrer Jugendarbeiten für ihr ganzes Leben festgelegt fühlen. Auch gibt die Zentralstelle einer ziemlich Anzahl von Staatsbeamten Gelegenheit, für ihre fakultätssozialistischen Ideale in den Versammlungen sozialistisch angehauchter Verbände einzutreten. Das Resultat ist geradezu verhängnisvoll. Solche Beamte reisen auf Kongresse der Bodenkommunisten und Paritätismoralisten, halten dort Reden und nähren damit eine Agitation, die dann zu „bodenkommunistischen Experimenten wie der Wertföderungsteuer auf Bodenunternehmungen“ führt oder die „natürliche“ Autorität des Unternehmers durch gesetzliche Einführung einer „paritätismoralistischen Fabrikverwaltung“ vernichtet. Das Unheil ist aber noch lange nicht voll. Es werden Reisen ins Ausland unternommen und dadurch Gelegenheiten geschaffen, alle „verlorenen sozialmoralistischen Experimente“ kennen zu lernen, die „irgendwelche Träume“ geschaffen haben, Schöpfungen der immer neuen Beschran-

kung der Verantwortlichkeit der unteren Volksschichten. Durch Aufbauschung und Verallgemeinerung der verfallenen fremdlandischen Muster wird dem für alle Arten von Moralismus sehr empfänglichen Deutschen das Gift immer weiteren moralischen Begehrens, immer weiterer Aufhebung der Verantwortlichkeit und immer weiterer Entfernung von den wirtschaftlichen Grundlagen des Daseins in die Seele getränkt. Was die Zentralstelle Bedeckung und Vertiefung des sozialen Interesses nennt, ist nichts als die Klassenfunktionalität, die sich über alles Wirtschaftliche hinwegsetzt. Mit Geldern der Industrie wird die Grundlage der Ertragswirtschaft untergraben. Es gilt, die Entstehung der Berufs-moralisten möglichst zu erschweren, jedenfalls sie nicht noch mit Industrienetzen zu unterstützen. Mit den Anforderungen, welche aus den Tiefen der Wirtschaftsverhältnisse und wirtschaftlichen Bedürfnissen erwachsen, wird sich die Industrie schon abzufinden wissen. Ihre eigentlichen öffentlichen Gegner aber sind heute Kathedersozialismus, Klassenfunktionalität und Wirtschaftsmoralismus jeder Art. Man wird dem großen Alexander aus Saarabien wohl nicht den Vorwurf machen können, daß er sich irgendetwas geändert habe. Er ist der Alte noch mit allen Tendenzen und Phrasen, wie wir ihn schon vor sechs Jahren kennen lernten. Spurio ist die Zeit an ihm vorübergegangen, und heute noch lebt er in dem Wahne, daß der Mensch im bürgerlichen Leben erst beim Fabrikanten oder Betriebsunternehmer anfangen, wie im Militärstand erst beim Offizier. Alles, was darunter lebt, hat kein Recht zu beanspruchen, sondern nur zu arbeiten und zu gehören. Für ihn gibt es nur eine Ertragswirtschaft der Unternehmern; wirtschaftliche Grundlagen des Daseins sind bei ihm für den Arbeiter Entzogen, Entbehrung und Arbeit im Schweiße seines Angesichts, Wohlergehen des Unternehmers und unbeschränkte Ausbeutungsmöglichkeit jeder Arbeitskraft. Darüber darf man sich ja schließlich bei Dr. Tille nicht mehr wundern, man kann ihn nur bedauern, daß er die Bedeutung aller menschlichen Kulturarbeit so armselig, so engherzig einschätzt; viel schlimmer ist es aber ohne Zweifel, daß ein solcher Mann in Unternehmertreue heute noch ernst genommen wird und so freien Spielraum hat, um immer und immer wieder Verwirrung anzustiften. Sehen denn diese Herren nicht ein, daß mit solchen Maginationen und von tiefstem Hass gegen die deutsche Arbeiterschaft besetzten Tiraden gerade das Gegenteil einer friedlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens erreicht wird? Solche Heloten sind doch die deutschen Arbeiter nicht, daß sie derartige Größenwahnsinnige Verhöhnungen ihrer Menschenwürde, wie sie in der Behauptung einer natürlichen Unternehmerrationalität zum Ausdruck kommen, wie Altvordern auslassen und beurteilen.

Die Textilarbeiterausperrung in Hof i. B., die sich, wie wir schon in voriger Nummer berichteten, auf 5000 Arbeiter erstreckt, soll nun auch auf das Augsburger Industriegebiet ausgedehnt werden, wenn die Arbeiter in Hof nicht auf den bisherigen freien Sonabendnachmittag verzichten und bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Der Anlaß zu diesem Kampfe wurde in drei Webereien gegeben. In diesen bestand der freie Sonabendnachmittag; in dem einen Betriebe seit dem 1. Januar 1910 und in den anderen Betrieben seit dem 1. Oktober 1910. Anfang Februar forderten auf einmal die Unternehmer, daß die Arbeiter am Sonabendnachmittag wieder arbeiten sollten. Durch Anschlag in den Fabriken wurde bekanntgegeben, daß am Sonabendnachmittag gearbeitet wird. Die Arbeiter haben daraufhin an drei Sonabendnachmittagen die Arbeit verweigert, worauf sie in den drei Betrieben ausgesperrt wurden. Am 3. April erfolgte dann die Aussperrung der Arbeiter in weiteren fünf Webereien und am 18. April die Aussperrung der Arbeiter von drei Spinnereien. Wenn die Aussperrung weiter von den Industriellen durchgeführt wird, so wird sich die Zahl der Aussperrten auf 15000 erhöhen. Die Unternehmer suchen nun ihr Vorgehen zu rechtfertigen, indem sie behaupten, der freie Sonabendnachmittag sei infolge Produktionsbeschränkung verursacht durch schlechten Geschäftsgang, den Arbeitern gegeben worden. Diese Behauptung entspricht aber keineswegs den Tatsachen. Diese drei Unternehmer konnten auch sehr leicht den Sonabendnachmittag freigeben, da dadurch nur ein Arbeitszeitverlust von einer Stunde pro Woche eintrat. Den drei Hofer Unternehmern wäre es nun auch gar nicht eingefallen, den Arbeitern jemals den freien Sonabendnachmittag wieder zu nehmen, wenn nicht andre Kräfte dahin drängten. Einer der Unternehmer befristete dies seinen Arbeiterauschuss, indem er sagte, „er persönlich habe kein Interesse daran, seinen Arbeitern den freien Sonabendnachmittag zu nehmen, er müsse sich hier lediglich den Anordnungen des Arbeitgeberverbandes fügen“. In der Tat ist der Süddeutsche Textilarbeiterverband der Veranlasser des wirtschaftlichen Erdbebens in der bayerischen Textilindustrie. Die Aussperrung ist ein Willkürakt einer Bagatelle wegen. Die Unternehmer behaupten, durch den freien Sonabendnachmittag würde die bayerische Textilindustrie schwer geschädigt. Dabei haben aber 33 Aktiengesellschaften neben überaus hohen Abschreibungen immer noch während der Zeit von 1905 bis 1909 pro Jahr eine Durchschnittsdividende von 13,78 Proz. an die Aktionäre gezahlt. Die bayerische Textilindustrie hat geradezu glänzende Geschäfte gemacht. Bei den Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit waren es die Textilindustriellen, denen alle soziale Einsicht abging und die nur schwer geringfügige Verkürzungen der Arbeitszeiten zuließen. Für die Textilarbeiter ist der freie Sonabendnachmittag ein notwen-

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 27. April 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 47.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt: c.)

biges Bedürfnis, weil über 200000 verheiratete Frauen in der Industrie beschäftigt sind.

Eine allgemeine Werftarbeiteraussperrung wird von der Schichauwerk in Danzig berichtet. Es wurden von der Werftleitung durch Maueranschlag alle Arbeiter aufgefordert, sich durch Unterschrift zu verpflichten, jede ihnen übertragene Arbeit auszuführen. Da schon vorher wegen Verweigerung von Streitarbeit etwa 100 Arbeiter ausgesperrt wurden, verweigerten die übrigen 1300 die Unterschrift, worauf ihre Aussperrung erfolgte.

Durch giftige Brandgase wurden auf der Seche „Aulas“ bei Dortmund elf Vergleute betäubt und ein Inspektor getötet. Die Vergleute konnten alle wieder ins Leben zurückgerufen werden, nur bei dem Inspektor waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Verschiedene Eingänge.

„Der Essener Meineidsprozess im Wiederaufnahmeverfahren“. Mit sechs Bildern und einem Plane. 64 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag von Max Kohnig in Dortmund.

„Die Schwarzgelber“. Eine Kritik der christlichen Gewerkschaften. Vortrag von August Erdmann. Preis 20 Pf. Verlag von H. Werlich in Düsseldorf.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Heft 24 bis 25 des 29. Jahrgangs. Band 1. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

„In Freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Bismarckstraße 69. XV. Jahrgang, Heft 8 und 9. Preis pro Heft 10 Pf.

Driefkasten.

S. in Freiburg: Sand in die Augen! — weiter nichts. Denn mit den Doppeltrönen des Bundes sieht's windig genug aus. Zur Zeit der Verdrigung des vielgeleiteten Hoffens waren sie wahrhaftig gänzlich ausgegangen, sonst hätte wohl nicht der einzige Wiener Bündler den Vertreter der „Ortsgruppe Bremen“ und den des Hauptverbandes des Gutenbergbundes martieren müssen. — J. C. in Köln: Können diesmal einiges verwenden. Besten Dank für anhaltendes Interesse. — S. B. in Stuttgart: Wenn Sie noch auf einen gebundenen Jahrgang 1910 des „Korr.“ reflektieren, so senden Sie 10,50 Mk. ein. Damit sind, weil Sonderdruck und stark gebunden, auch der Versand eingerechnet ist, nicht einmal unsere Selbstkosten bezahlt. Wir sind wohl bemüht, diese gebundenen Exemplare für einen geringeren Preis abzugeben, bei

im äußersten Falle mögliche Reduzierung würde aber auch nur soweit gehen, daß wir nichts zuzufügen brauchen. — J. S. in München: Können von der freundlichen Zusendung erst im letzten Viertel 1911 Gebrauch machen in der alljährlichen Jahresrevue. Sollten Sie den Bericht vorher benötigen, werden wir Ihnen denselben bis zu gebühstem Zeitpunkt gern überlassen. — M. S. Ch.: 1,25 Mk. — S. P. in Berlin: 2,15 Mk. — A. S. in Jittau: 2,30 Mk. — G. B. in Worna: 4,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechnr. VI, 11191.

Gau Hannover. (Delegiertenwahl zur Zentralinvalidenkasse i. Biqu.) Abgegeben wurden 363 gültige Stimmen. Davon erhielten die Kollegen: W. Keuler (Braunschweig) 91; R. Rosenbruch (Hannover) 272. Gewählt ist somit Kollege Rosenbruch.

Leipzig. (Stichwahlresultat.) Abgegeben wurden 3740 Stimmzettel. Hiervon waren ungültig 44, weiß 76. Gültige Stimmzettel wurden demnach abgegeben 3620. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Bruchardt 1837, Kölsch 1783. Kollege Bruchardt ist somit gewählt.

Gau Mittelrhein. (Stichwahlresultat.) Abgegebene Stimmen 2574, davon ungültig 10. Es erhielten die Kollegen: Gutendorf (Saarbrücken) 1650, Holzhauser (Wiesbaden) 1420, Keller (Mannheim) 832, Rauser (Mannheim) 837 Stimmen. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

(Zentralinvalidenkasse i. Biqu.) Abgegeben wurden 307 Stimmen, davon ungültig 5. Es erhielten die Kollegen: Fuhs (Mannheim) 269, Knoblauch (Darmstadt) 43 Stimmen. Kollege Fuhs ist somit gewählt.

Gau Osterrand-Thüringen. (Delegiertenwahl zur Generalversammlung, Eingegangen 2040 gültige Stimmen; mithin absolute Mehrheit 1021. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Palm (Weimar) 1359, Prox (Weimar) 1329, Stange (Erfurt) 1030, Schubert (Weimar) 928, Leichmann (Naumburg) 919, Sturm (Mittenberg) 890, Währinger (Jena) 808, Ettböser (Gotha) 681. Gewählt sind jedoch die drei erstgenannten Kollegen. Zwischen den Kollegen Schubert und Leichmann findet Stichwahl statt.

Braunschweig. Dem Korrektor Karl Herrnberger aus Wapenberg zur Nachricht, daß sein Buch beim Kassierer H. Schünemann, Hufarenstraße 4, eingetroffen ist. Die verhehligen Verbandsfunktionäre werden ersucht, denselben darauf aufmerksam zu machen.

Heidelberg. Der Drucker Pius Firnkus aus Forst bei Bruchsal wird um Angabe seiner Adresse ersucht, damit ihm sein Quittungsbuch zugesandt werden kann.

Adressenveränderungen.

Miel. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: G. Böttcher, Kloststraße 4 I.

Waren i. M. Vorsitzender: G. Gustafsen, Streiliger Straße 36.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beizugehende Adresse zu richten):

In Kissingen der Seher Michael Dehler, geb. in Nichtenfels 1874, ausgel. das. 1892; war noch nicht Mitglied. — In Mindelheim der Seher Joseph Stadtmüller, geb. in Wank 1890, ausgel. in Kesselfang 1910; war noch nicht Mitglied. — In München der Seher Georg Schönauer, geb. in Neubrossenfeld 1854, ausgel. in Bayreuth 1872; war schon Mitglied. — Josef Seig in München, Holzstraße 24 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Heidelberg. Der Seher Alois Schön aus Ludwigsbafen a. Rh. hat sein Quittungsbuch Oberheim 1369 (Hauptbuchnummer 23762) verloren. Dasselbe wird hierdurch für ungültig erklärt. Sch. erhielt ein neues Buch: Mittelheim 3866.

Versammlungskalender.

Elmsburg. Maschinenherquartalsversammlung für Schieswig Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Wäffsch“.

Sara. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Gottesberg. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 8 Uhr, im „Goldenen Stern“, Landesbutter Straße.

Guben. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Markt Wendenburg“.

Salle a. S. Maschinenherquartalsversammlung Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr, im „Engländer Hof“.

Damburg. Korrektorengeneralversammlung Sonntag, den 30. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Kaiser-Wilhelm-Straße 77.

Hildesheim. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Dirschberg i. Schl. Versammlung Sonntag, den 30. April, vormittags 10 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Schweiß“, Markt.

Magdeburg. Maschinenherquartalsversammlung am Sonntag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Adelshaus“, Breite Straße 166/167.

Münch. Bezirksversammlung Samstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im „Brauhaus zum Gutenberg“.

Pörsch. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Otto Seige, Schleier Straße.

Reichenbach i. B. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zur Neuen Welt“.

Stuttgart. Maschinenherquartalsversammlung Samstag, den 29. April, im „Hauptstätterhof“, Ede Fangelstraße, und Hauptstätterstraße.

Waldenburg i. Schl. Versammlung Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in der „Gortauer Bierhalle“.

Waren i. M. Versammlung Sonnabend, den 29. April, abends 9 Uhr, im Vereinslokal (Heidelberg).

[896]

Viele Kranke

verdanken ihre Genesung

einer Trinkkur im Hause mit Ramscheider Stahlbrunnen.

„Meine Tochter lag infolge schwerer Bleichsucht schwer krank darnieder. Trotz aller angewandten Mittel vermochte ich meine Tochter nicht so zu erholen, wie wir es ersehnten. Ich bestellte eine Riste mit 30 Flaschen. Die Wirkung war geradezu wunderbar. In der ersten Woche verspürte sie eine angenehme Anregung der inneren Organe. Sie wurde lebhafter, froher. Dann wurde es immer besser. Sie schlief ausgezeichnet, bekam Appetit, die Hautfarbe wurde frisch und rosig, alles in allem, sie fühlte sich wirklich, wie man sagt, wie neugeboren.“ — „Es drängt mich, Ihnen meinen Dank abzustatten für das vorzügliche Quellwasser. Es ist ein wahrer Gottestrauf. Ich litt nämlich schon neun Jahre an Blutarmut, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Magenbeschwerden usw. Alle meine Übel sind fast gänzlich beseitigt.“ — „Dies herrliche Wasser hat mir und meinen Kindern, welche auch Blutarm sind, sehr gut geholfen.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Quellquelle. Trinkkuren im Hause warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenschwächen, Blutarmen Zuständen, z. B. nach Blutverlusten infolge Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten, wie Influenza usw. — Mitteilungen über Kurserfolge, Bezug des Brunnenwassers kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen, Düsseldorf SO 99.

Graphische Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S.,

Glauchauer Straße 71 d. : : : : [888] : : : : Illustrierter Graphischer Anzeiger umsonst!



Auf Teilzahlung
Präzisions-Uhren
u. Brillantschmuck

Brillanten unter Angabe des Gewichte in Karat; bei Herren-uhren unter Angabe des Goldgewichte der Gehäuse. Streng reelle Bezugsquelle. Katalog m. 4000 Abbild. gratis u. franko

Jonass & Co., G. m. b. H.
BERLIN H. 407.
Belle-Alliance-Strasse 8



Die besten photographischen Apparate, Reisezüge, auch Uhren und Goldwaren liefern gegen kleine monatliche

Teilzahlungen

Jonass & Co., Berlin H. 407.
Belle-Alliancestr. 8 — Geogr. 1899.
Jährl. Versand über 20000 Uhren
Hunderttaus Kunden. Viele
tausend Anerkenn. Katalog
mit über 4000 Abbild.
gratis u. franko

Selten günstige Stablierung!

Sachmann kann komplette Druckerei in Oberstolzen, alleinstufig am Mäse, Zeitung usw., zahlungsfähige Kundhaft, behördliche Unterfertigung, unständelicher sofort übernehmen. Schnellpresse, Siegel und meist neues Schriftmaterial vorhanden. Objekt 5000 Mk. event. günstige Zahlungsbedingungen mit 1800 Mk. Anzahlung. Angebote mit Referenzen unter „Postlagerkarte 33“ Berlin, Postamt 88.

Wir suchen für unsere Abteilung

Galvanoplastik und Stereotypie

einen tüchtigen und selbständig arbeitenden Werkführer, der zur Leitung dieser Abteilung durchaus befähigt sein muß. Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an

Meißendach Wiffarth & Co., München.

Gesucht zum baldigen Eintritt ein tüchtiger

Zurichter

der event. als Monteur ausgebildet werden soll. Für geeignete Kraft permanenter und ausfallsreicher Stellung. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 894 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

